



Niederschrift

22.öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.01.2006
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Hegelallee, Haus 1, Raum 405

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	Sitzungsleitung
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Voehse, Gregor		Vertretung für Herrn Wendt
Frau Basekow, Angela		
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	anwesend bis 19:00 Uhr
Frau Frehse-Sevran, Frauke		Vertretung für Herrn Dr. Henrich
Herr Harder, Dirk		
Frau Krüger, Christine	CDU	ab 19:00 Uhr Vertretung für Frau Eiserbeck
Herr Lehmann, Carsten		
Herr Liebe, Thomas		
Herr Wernick-Otto, Frank	Grüne/B90	
Herr Schweers, Norbert		

Nicht anwesend sind:

Frau Keilholz, Monika	SPD	Mandat ruht
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Henrich, Lutz		entschuldigt
Frau Parthum, Ute		entschuldigt
Herr Wendt, Jan	Die Andere	entschuldigt
Frau Müller, Elona, Beigeordnete		entschuldigt
Frau Scheuerer, Sabina		entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Abstimmung zur Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 20.12.2005
- 2 Mitteilungen des Jugendamtes
- 3 Bericht der Unterausschüsse/Regionalarbeitskreise

- 4 Bericht über die Arbeit des 'Fluchtpunktes' (GfB)
- 5 Vorstellung der gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle der Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und der Stadt Potsdam
- 6 Bürgerhaushalt 2006 - Liste der Bürgerinnen und Bürger
- 7 Umsetzung des Ganztagschulprogramms 'Zukunft Bildung und Betreuung' in der Stadt Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0926
Verfasser: Fraktion DIE LINKE. PDS
- 8 Änderung der Sportfördersatzung
Vorlage: 05/SVV/0699
Verfasser: Fraktion Die Andere
- Wiedervorlage –
- 9 Integrierte Kita-, Hort- und Schulbedarfsplanung
Vorlage: 05/SVV/0955
Verfasser: Fraktion SPD
- 10 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes zur Anpassung des Platzangebotes für Kindertagesbetreuung an eine bedarfsgerechte Versorgung im Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 05/SVV/1032
- 11 Vorhabenplanung 2006 und Auswertung 2005
- 12 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Abstimmung zur Tagesordnung

Herr Voehse bittet namens des Antragstellers um Zurückstellung der DS 05/SVV/0699 (TOP 8)

Frau Dr. Müller schlägt vor, den Antrag 05/SVV/0926 nach dem TOP 3 zu behandeln, da Herr Mütz als Gast zu diesem Tagesordnungspunkt eingeladen wurde.

Abstimmung zum Rederecht für Herrn Mütz:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Dem Rederecht wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 20.12.2005

Herr Lehmann bittet um folgende Ergänzung im Protokoll, Seite 11, TOP 10:
„Herr Lehmann gibt zu bedenken, dass die HSK-Maßnahmen im Bereich der Hilfen zur Erziehung **im Hinblick auf die gesetzlichen Änderungen zum Kinder- und Jugendschutz** ein falsches Signal sind.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Dem korrigierten Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Mitteilungen des Jugendamtes Offener Brief des Klubrats des Jugendklubs Treffpunkt Fahrland

Herr Liebe gibt eine Erklärung zum Offenen Brief des Klubrats des Jugendklubs Treffpunkt Fahrland ab, welcher allen Mitgliedern des JHA als Tischvorlage ausgereicht wurde.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass der JHA die Entwicklung in den neuen Ortsteilen im Blick behalten sollte.

Kita Marquardt

Herr Schweers informiert, dass der Übergang der Kita Marquardt in freie Trägerschaft zum 01.08.2006 erfolgen soll, da der Träger immer betont hat, dass die Übernahme der Kita nur im direkten Zusammenhang mit dem Kauf der Schule erfolgt. Derzeit ist der Kauf der Schule noch nicht erfolgt. Mit dem Träger besteht Einigkeit. Die Eltern sind informiert.

Frau Schulze fragt, ob bei einem Scheitern des Schulkaufs auch die Überleitung der Kita scheitert.

Herr Schweers bestätigt, dass der Träger die Übernahme der Schule Kita ursprünglich von der Übernahme der Trägerschaft für die Schule abhängig gemacht hat. Dies hat er auch im Jugendhilfeausschuss so dargelegt. Herr Schweers ist aber optimistisch, dass die Verhandlungen zwischen KIS und Träger bezüglich der Schule ein positives Ende finden.

Kinder- und Familienhaus im Bisamkiez

Herr Schweers informiert, dass das Interessenbekundungsverfahren abgeschlossen ist. Frau Schulze und Herr Lehmann waren als Vertreter des Jugendhilfeaus-

schusses am Auswahlverfahren beteiligt.
Das Diakonische Werk Potsdam wird ab dem 01.06.2006 die Trägerschaft übernehmen.

Mitmach-Wettbewerb „Jugend engagiert“

Herr Schweers informiert, dass der Landesjugendring Brandenburg in einem Schreiben auf den Mitmachwettbewerb „Jugend engagiert in Brandenburg“ der Stiftung Demokratische Jugend und des Landesjugendringes Brandenburg e.V. aufmerksam macht. (siehe Anlage)

Herr Harder fragt, ob bei der Beratung des Haushaltes 2006 die Anträge des Jugendhilfeausschusses untergegangen sind.

Herr Wartenberg bittet darum, dass zukünftig das Protokoll des Jugendhilfeausschusses 14 Tage nach der Sitzung vorliegt.

Herr Schweers macht deutlich, dass die Anträge des Jugendhilfeausschusses bezüglich des Haushaltes weitergeleitet und auch im Finanzausschuss behandelt wurden. Er weist darauf hin, dass diese deckungsgleich mit anderen Anträgen waren.

zu 3

Bericht der Unterausschüsse/Regionalarbeitskreise Unterausschuss Kita

Frau Basekow verweist auf einen Brief des Jugend- und Sozialwerkes an den Jugendhilfeausschuss zur Hortsituation in Potsdam-Nord. Hierzu gab es am 05.01.2005 einen Ortstermin, auf dem auch Entscheidungen getroffen wurden. Der Jugendhilfeausschuss sollte ein Antwortschreiben an den Träger formulieren.

Frau Dr. Müller erklärt, dass der Träger auf dieses Schreiben durch sie eine Zwischenricht erhalten hat, in dem auch auf den Ortstermin hingewiesen wurde. Am Ortstermin haben alle Beteiligten teilgenommen, auch der Träger. Sie schlägt vor, einen Brief des Jugendhilfeausschusses zu verfassen, indem die weitere Unterstützung zugesagt wird.

Frau Drohla macht darauf aufmerksam, dass sich hier auch viele Eltern sehr engagiert haben. Sie schlägt vor, einen Antrag des Jugendhilfeausschusses in die nächste Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Sie trägt den Antrag vor.

Frau Dr. Müller unterbreitet folgenden Verfahrensvorschlag:
Der Antrag sollte in die Tagesordnung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.02.2006 aufgenommen werden, um eine Votum herbeizuführen. Parallel sollte der Antrag zur StVV am 01.03.2006 eingereicht werden.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

Frau Basekow informiert, dass sich der Unterausschuss Kita in seiner Sitzung am 21.02.2006 zur Tagespflegerichtlinie verständigen wird. Der Unterausschuss bittet, dass KICK (Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz) und TAG (Richtlinie Tagespflege in Umsetzung des Tagesstättenausbaugesetzes) in einer der nächsten Sitzungen des JHA behandelt werden.

Herr Schweers erklärt, dass die von Frau Basekow angesprochenen Themen für Februar und März zur Behandlung im JHA vorgesehen sind.

Frau Dr. Müller fragt nach der Stellungnahme des Unterausschusses Kita bezüglich der Eingliederung fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler und verweist auf das Schreiben vom 19.12.2005 an Frau Basekow.

Frau Basekow erklärt, dass sich der Unterausschuss in der nächsten Sitzung mit diesem Thema befassen wird.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Harder informiert, dass die nächste Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am 14.02.2006 stattfindet.

RAK Nördliche Gebiete/Potsdam Nord

Frau Leopold berichtet, dass sich der Regionalarbeitskreis u.a. mit den Terminen und Themen für 2006 befasst hat, aber auch mit dem Bedarf an Betreuung in Neufahrland.

Sie informiert, dass die RAK-Koordinatoren am 25.01.2006 getagt haben.

Frau Dr. Müller regt an, dass die Regionalarbeitskreise zukünftig signalisieren, wenn Bedarf besteht, bestimmte Themen im Jugendhilfeausschuss zu behandeln.

zu 4 Bericht über die Arbeit des 'Fluchtpunktes' (GfB)

Herr Schweers erinnert an die Diskussion im Jugendhilfeausschuss zur veränderten Arbeit des Fluchtpunktes und die Verabredung, dass das Ablauf eines Jahres ein Bericht gegeben werden sollte.

Frau Frehse-Sevran erklärt, dass die Zahlen der Inobhutnahmen zurückgegangen sind. Sie erläutert anhand von Folien

- die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Vergleich 2004 – 2005.
- Anzahl der Tage,
- Aufenthaltsort nach der Krisenwohnung.
- Anschluss zur Reintegration der Kinder und Jugendlichen nach dem Aufenthalt in der Krisenwohnung

Sie macht deutlich, dass insgesamt zu sagen ist, dass sich die jetzige Zahl der Plätze bewährt hat.

Die Nachtbereitschaft wird durch einen Mitarbeiter in der Krisenwohnung gewährleistet. Die Telefonnummer liegt bei der Polizei und im Jugendamt. Dies hat sich inzwischen auch bei den Kindern und Jugendlichen herumgesprochen.

Frau Basekow fragt, ob sich die Kinder und Jugendlichen an die Polizei wenden.

Frau Frehse-Sevran erklärt, dass die meisten Zugänge tagsüber kommen. Ganz wenige klingeln nachts und wollen in Obhut genommen werden.

Frau Michael weist darauf hin, dass die Kinder, die bei Straftaten durch die Polizei aufgegriffen werden, vorwiegend zu den Eltern gegeben werden.

Frau Dr. Müller fragt, ob die Ursachen bekannt sind, warum Kinder in den Fluchtpunkt gehen.

Frau Frehse-Sevran erklärt, dass oft die Überforderung der Eltern mit den Kindern bzw. Jugendlichen, insbesondere während der Pubertät, eine Rolle spielt.

Herr Wernick-Otto fragt, ob es Vergleichszahlen zu anderen, ähnlich großen Kommunen gibt.

Frau Michael verweist darauf, dass einige der Kinder und Jugendlichen bei jungen Erwachsenen unterkommen, aber auch nach Berlin gehen.

zu 5 Vorstellung der gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle der Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und der Stadt Potsdam

Herr Schweers gibt eine kurze Einleitung.

Frau Wendt stellt die Aufgaben der Adoptionsvermittlungsstelle sowie die Adoptionsformen vor. Sie macht deutlich, dass die Halboffene Adoption die gängigste Form ist.

Frau Liesaus betont, dass grundsätzlich für die Kinder eine passende Familie gesucht wird, nicht das Kind für die Eltern.

Frau Michael fragt, inwieweit die Informationen der Adoptionswilligen überprüft werden können.

Frau Wendt erklärt, dass dies z.B. anhand des Genogramms erfolgt, aber auch durch die Gespräche mit den Bewerbern, in denen bestimmte Dinge tiefgründig hinterfragt werden. Es erfolgt aber auch eine Überprüfung der gesundheitlichen und finanziellen Situation.

zu 6 Bürgerhaushalt 2006 - Liste der Bürgerinnen und Bürger

Frau Strotzer gibt eine kurze Einleitung und weist dabei darauf hin, dass alle Fachausschüsse die Liste zur Kenntnis genommen haben.

Herr Harder fragt, wer ausgewählt hat, welche Foren durchgeführt werden.

Frau Strotzer erklärt, dass die Foren aufgrund der Reaktionen der Bürger auf den entsprechenden Artikel in der Stadtwerke-Zeitschrift „Quartett“ durchgeführt wurden.

Herr Voehse fragt, ob mit einem Votum des Ausschusses der Bürgerhaushalt legitimiert wird.

Frau Schulze bittet, für 2007 eher mit den Veranstaltungen zum Bürgerhaushalt zu beginnen.

Frau Strotzer weist darauf hin, dass der Bürgerhaushalt in den Diskussionsprozess zum Haushalt integriert worden ist.

Herr Wernick-Otto schlägt vor, die Punkte genauer zu betrachten, die für den Jugendhilfeausschuss relevant sind und dann gemeinsam zu beraten, wie mit diesem umgegangen werden soll.

Herr Harder macht deutlich, dass er die Belange des Kinder- und Jugendbereichs, insbesondere der Grundsicherung, die bereits im Januar 2005 vorgetragen wurden, nicht finden wiederfinden konnte.

Frau Strotzer erklärt, dass die Liste für jedes Haushaltsjahr neu erstellt wird.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass anderen Gemeinden ihre Bürgerinnen und Bürger beispielsweise über das Internet beteiligen.

Herr Voehse empfiehlt diese Liste abzulehnen, da diese aus seiner Sicht pseudo-demokratisch ist.

Frau Strotzer macht deutlich, dass dies ein Lernprozess ist. Sie weist auch auf die geringen finanziellen Mittel hin, die für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.

Herr Liebe regt an, sich Gedanken zu machen, wie mit dem vorliegenden Papier umgegangen werden soll.

Frau Schulze betont, dass sie den Zweck der Sache vermisst.

Herr Voehse stellt folgenden **Antrag** und begründet diesen kurz.
Der Jugendhilfeausschuss gibt zum Bürgerhaushalt 2006 kein Votum ab.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 5

Der Antrag wird abgelehnt.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass jeder die Liste für sich durcharbeitet und bei Bedarf bis zum 09.02.2006 an Frau Spyra sein Votum angibt.
Dies wird dann durch die Verwaltung aufbereitet und in der nächsten Sitzung des JHA auf die Tagesordnung gesetzt und beraten.

Herr Wernick-Otto schließt sich dem Vorschlag an.

Frau Schulze beantragt die erneute Abstimmung über den Antrag von Herrn Voehse.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dies gegen die Geschäftsordnung verstößt.

Frau Basekow beantragt die sofortige Abstimmung der Liste.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 7

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 7

**Umsetzung des Ganztagschulprogramms 'Zukunft Bildung und Betreuung'
in der Stadt Potsdam
Vorlage: 05/SVV/0926**

Frau Drohla bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Mütz (Schulberater des Schulamtes Brandenburg) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Verlässliche Halbtagsgrundschule sowie die Ganztagsangebote in offener Form vor.

Frau Basekow macht deutlich, dass das Ganztagskonzept viele Möglichkeiten bietet. Sie fragt, wie dies künftig bei der Schulplanung berücksichtigt wird. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Schulen oft „vollgestopft“ sind und die Horte daraufhin Probleme haben, die Kinder unterzubringen.

Frau Krüger weist darauf hin, dass viele Kinder in Sportvereinen sind. Hier könnte es zeitliche Probleme geben, wenn diese Kinder in einer Ganztagschule sind.

Herr Mütz erklärt, dass die Verlässliche Halbtagsgrundschule bis 13:30 Uhr geht. Danach gibt es offene Angebote. Dieses Problem besteht also nur dann, wenn der Sportverein vor 13:30 Uhr mit seinen Angeboten beginnt.

Frau H. Fischer macht deutlich, dass Ganztagschule nur dann Sinn macht, wenn dies durch Lehrer, Eltern und Kinder freiwillig geschieht. Insbesondere in der Karl-Foerster-Schule wurden diesbezüglich viele Gespräche geführt. Sie macht auch deutlich, dass bei Investitionen die Ganztagschulen durch die Kommune dahingehend unterstützt werden, dass diese die Eigenmittel für eine Förderung durch den Bund zur Verfügung stellt. Frau Fischer weist auch darauf hin, dass es eine Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung gibt, in der auch Vertreter aller Fraktionen und des Jugendamtes mitarbeiten.

Des Weiteren macht Frau H. Fischer deutlich, dass man sich bei der Zügigkeit von Schulen, bis auf zwei Ausnahmen, immer an die Vorgaben gehalten hat.

Herr Wernick-Otto fragt, ob ein Bekenner schreiben des Jugendhilfeausschusses an dieser Stelle hilfreich wäre.

Herr Voehse weist darauf hin, dass die Ganztagschule auch eine Reihe von Nachteilen mit sich bringt. Die Kinder sind zu lange in der Schule und haben kaum Zeit für außerschulische Kontakte.

Herr Mütz erklärt, dass viele Kooperationspartner die Kinder von der Schule abholen und die Angebote an anderen Orten, wie z.B. in eigenen Turnhallen, durchführen.

Herr Schweers macht deutlich, dass in den Klassen 1 bis 4 über 80 % der Kinder im Hort betreut werden. In der Verlässlichen Halbtagsgrundschule sind es 60 % der Schüler und in der Sekundarstufe 1 nur 40 %.

Herr Liebe berichtet, dass die Regenbogenschule in Fahrland bereits seit einem Jahr nach dem Ganztagschulkonzept arbeitet, aber erst im Dezember 2005 den entsprechenden Antrag gestellt hat. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, dass finanziell schwache Eltern ihre Kinder bis 13:30 Uhr in der Ganztagschule betreuen lassen und diese dann aus

Kostengründen nicht in die Hortbetreuung geben, da für 1,5 Stunden Hortbetreuung vier Stunden bezahlt werden müssen.

Herr Schweers macht deutlich, dass die Stadt die Mittel, die bei der Hortbetreuung eingespart werden, in die Ganztags schulbetreuung geben muss.

Frau Drohla bringt den bereits mit den Sitzungsunterlagen ausgereichten Änderungsantrag ein und erläutert diesen. Sie weist darauf hin, dass der Bildungsausschuss abgelehnt hat.

Der Punkt 2 des Antrages ist wie folgt zu ändern: „In jedem Sozialraum der Stadt Potsdam **sollten**“

Änderungsantrag:

Unterpunkt 3 wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung unterstützt die Bemühungen der sich bewerbenden und der bereits existierenden Ganztagschulen durch zügige Bearbeitung und Weiterleitung der Anträge an das MBS und durch die Bereitstellung der eingeplanten kommunalen Investitionsmittel entsprechend der Prioritätenliste

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 1

Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam bekennt sich zur Ganztagschule als einem Reformprojekt zur notwendigen Qualitätsverbesserung der schulischen Bildung und Betreuung.
2. In jedem Sozialraum der Stadt Potsdam *sollten* Ganztagschulen entsprechend der Bedarfe, mindestens jedoch eine Ganztagschule der Primarstufe und der Sekundarstufe I, eingerichtet werden.
3. *Die Verwaltung unterstützt die Bemühungen der sich bewerbenden und der bereits existierenden Ganztagschulen durch zügige Bearbeitung und Weiterleitung der Anträge an das MBS und durch die Bereitstellung der eingeplanten kommunalen Investitionsmittel entsprechend der Prioritätenliste.*

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 1

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 8 Änderung der Sportfördersatzung Vorlage: 05/SVV/0699

Der Antrag wird auf Wunsch des Antragstellers zurückgestellt.

zu 9 Integrierte Kita-, Hort- und Schulbedarfsplanung Vorlage: 05/SVV/0955

Frau Dr. Müller informiert, dass der Bildungsausschuss den vorliegenden Antrag zurückgestellt hat. Der Antrag wird vom Antragsteller überarbeitet.

Frau Drohla ergänzt, dass der Antrag bis zum Sommer 2006 zurückgestellt wurde.

Frau Dr. Müller schlägt vor, den Antrag in Anlehnung an das Votum des Bildungsausschusses zurückzustellen.
Dem Vorschlag wird zugestimmt.

zu 10 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes zur Anpassung des Platzangebotes für Kindertagesbetreuung an eine bedarfsgerechte Versorgung im Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 05/SVV/1032

Herr Schweers bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Frau Basekow bringt den Änderungsantrag des Unterausschusses Kita ein und begründet diesen.

Herr Liebe verweist auf die Seite 5 der Begründung: „Die Notwendigkeit der Neuerrichtung ergibt sich aus den stark frequentierten Sozialräumen II, III und IV und dienen einer wohnortnahen Versorgung.“ Ihm ist ein Einzelfall bekannt, indem eine Mutter aus Fahrland an eine Kita im Kirchsteigfeld verwiesen wurde.

Frau Stooß erklärt, dass sich dies auf die Neuerrichtung, nicht auf die Erweiterung bezieht.

Die Sorge des Unterausschusses Kita besteht darin, dass es sich auswirkt, wenn den Trägern die Belegungsgrenze nicht nach Krippe, Kita und Hort differenziert vorgegeben wird.

Änderungsantrag des UA Kita:

Der Punkt 2 im Beschlussvorschlag soll wie folgt ergänzt werden:

Die Jahresdurchschnittsbelegung jeder Kita im Jahr 2005 ist in den Altersgruppen 0 Jahre bis zum Ende der Grundschulzeit ohne Zustimmung des Jugendamtes im Haushaltsjahr 2006 nicht zu unterschreiten. Die Kapazität der bisher vom Jugendamt ausgestatteten Angebote für Kinderbetreuung gemäß § 1(4) KitaG (Aki) sind auszulasten, bevor ein weiterer Ausbau von Hortkapazitäten erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes zur Anpassung des Platzangebotes für Kindertagesbetreuung an eine bedarfsgerechte Versorgung im Haushaltsjahr 2006.

1. Bereitstellung von insgesamt **9.794 Plätzen** in Kindertagesstätten, Tagespflege und anderen Betreuungsformen gemäß § 1 Kita- Gesetz.
2. Die Verteilung der Plätze erfolgt auf 84 Standorte gemäß Anlage 1, auf Tagespflege und auf andere Betreuungsformen, die auszubauen sind.
3. Vorrang hat die Bereitstellung von Plätzen für Grundschul Kinder in der Nähe von Schulstandorten, um dem stark anwachsenden Bedarf zu entsprechen. Gemäß aktueller Schulentwicklungsplanung sind zum Teil erhebliche Erweiterungen in/an oder in der Nähe folgender Standorte durch

Bereitstellung zusätzlicher Raum- und Gebäudekapazitäten oder Veränderungen der Altersstruktur in naheliegenden Kitas zu gewährleisten: GS 2, GS 12, GS 16, GS 25/26.

4. Neuaufnahmen von Kindern aus anderen Gemeinden sind im Planungszeitraum nur dann zu finanzieren, wenn eine entsprechende Zustimmung des Jugendamtes der Stadt Potsdam eingeholt wurde und der Kostenausgleich mit der abgebenden Gemeinde gem. § 16 Abs. 5 KitaG sichergestellt werden kann.

+ Änderungsantrag:

Der Punkt 2 im Beschlussvorschlag soll wie folgt ergänzt werden:

Die Jahresdurchschnittsbelegung jeder Kita im Jahr 2005 ist in den Altersgruppen 0 Jahre bis zum Ende der Grundschulzeit ohne Zustimmung des Jugendamtes im Haushaltsjahr 2006 nicht zu unterschreiten. Die Kapazität der bisher vom Jugendamt ausgestatteten Angebote für Kinderbetreuung gemäß § 1(4) KitaG (Aki) sind auszulasten, bevor ein weiterer Ausbau von Hortkapazitäten erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 11 Vorhabenplanung 2006 und Auswertung 2005

Die vorliegende Vorhabenplanung 2006 wird zur Kenntnis genommen.

zu 12 Sonstiges
Nächster Jugendhilfeausschuss: 23. Februar 2006 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
stellv. Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Protokoll